

Aufwärts

Bezugspreis:

Er scheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.88 (Postgebühren, beim eigenen Abnahmeposten). — Preis des Auslandes unter Streifenband 1.10 (inkl. Postgebühren). — Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postgebühren Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Restame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf. Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postgebühren Hannover 67377.

Nr. 168.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 22. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Sucht dich die Freude — grüße sie,
sie schmückt das Erdenleben.
Gib Raum ihr, doch vergiß es nie,
daß Flügel ihr gegeben.

Julius Sturm.

Die andere Seite der dänischen Abrüstungsfrage.

Man kann nicht anders, als den Kampf, den Dänemarks Regierungskabinet Stauning-Munch-Rasmussen seit Jahr und Tag um den Abrüstungsplan, genauer gesagt: den Plan äußerster Seereschränkung führt, in seiner Art heroisch und tragisch zu nennen. Das zeigt sich besonders in neuester Zeit, wo es gilt, die heiklen Schritte Vorlage aus dem Stadium endloser parlamentarischer Erwägungen näher an den letzten Akt, die Volksabstimmung, heranzubringen. Beseffen von einem tätigen Friedenswillen und leidenschaftlich bestrebt, einer hinsichtlich der Abrüstung nach Wort und Tat sehr verschieden zu beurteilenden Welt ein Beispiel zu geben, tritt die Regierung immer wieder gegen die Gegner einer Abrüstung in die Schranken.

Mit einem Schlage ergibt sich am dänischen Beispiel in weitestem Ausmaß das Problemhafte der Abrüstung überhaupt. Zu den nationalen Widerständen kommen, was vor allem ins Gewicht fällt, solche internationaler Natur, und eine friedbedürftige Erde erlebt das Paradoxon, daß man einer Regierung, die den Nebel der Taktik und Redensarten durch eine Tat, und sei es auch nur in einem 3½-Millionen-Land, zerstreuen möchte, in den Arm zu fallen sucht. Die Schwierigkeiten, die einem isolierten Vorgehen in der Abrüstungsfrage im Wege liegen, sind offensichtlich, und die Frage ist wirklich nicht von der Hand zu weisen, ob ein Volk sich des Seeres und der Flotte im Sinne eines kampffähigen Instruments begeben soll, solange in einer Atmosphäre der Zweispaltigkeit und Doppeldeutigkeiten die Abrüstung des einen von dem andern als wohlfeile Gelegenheit der Ueberwältigung zu gegebener Zeit einkalkuliert wird. Um so höher ist auf seine Weise der pazifistische Idealismus der dänischen Regierung einzuschätzen, die trotz der feiststrategisch bedeutsamen Lage Dänemarks an der Scheide zwischen Nordsee und Ostsee und trotz der Erkenntnis von der Unsicherheit in Europa alles auf die Karte des Schicksals setzen will in der Ueberzeugung, daß Dänemark unter modernen Kriegsverhältnissen einem ernsthaften Kampf nicht gewachsen ist.

Dabei erweist sich das dänische Abrüstungsproblem als Prüfstein für den Grad des Abrüstungswillens unter den Großen, den Schwervergerüsteten Europas, die den Frieden des Erdteils in der Hand halten. Eher beziehend für den internationalen Gefahrenstand als für das uneigennützigste Interesse an Dänemark ist es, daß die beiden großen Gegner, die sich hier und dort in der Welt im Wege stehen, England und Rußland, gerade jetzt wieder größten Anteilnahme am dänischen Abrüstungsprojekt bekunden. Das in der Kronstadter Ecke mächtig eingeschürzte Sowjetrußland möchte die Ostsee am liebsten als geschlossenes Meer betrachten und die dänischen Meerengen im Falle eines Krieges gesperrt wissen, während Rußlands natürlicher Gegner England das Gegenteil will.

Sir Austen Chamberlain, der frühere englische Außenminister, gab dem vor kurzem in einer Unterredung mit skandinavischen Zeitungsmännern unter auffälliger Betonung Ausdruck, indem er erklärte, er glaube nicht, daß irgendeine englische Regierung den Grundgedanken von der Ostsee als einem geschlossenen Meer annehmen würde. Das ist deutlich an Rußland gerichtet, worauf Moskau antwortete, daß es seine schon bei früherer Gelegenheit gedehnte Behauptung wiederholt, Dänemark werde England im Kriegsfall begünstigen.

Die Beweggründe, aus denen beide Dänemark von einer Abrüstung abraten, sind verschieden; sie rühren aus der verschiedenartigen Einstellung zum Charakter der Ostsee her. Der dänische Gesandte in Moskau hat einen übrigens bereits 5 Jahre alten Geheimbericht über die Haltung Rußlands verfaßt, den die dänischen Gegner einer Abrüstung, Konservative und Bauernpartei, nun im Parlament gegen die Regierung auszuspielen zu sollen glauben.

Ein Haupteinwand, den die in- und ausländischen Gegner der dänischen Abrüstung ins Feld führen, beruht in der Hervorhebung der Völkerbundspflichtigen Dänemarks, wobei man sich bemüht, dem Art. 16 der Völkerbundsatzung schicksalhafte Bedeutung zu geben. Vor zwei

Jahren schon, nachdem man im englischen Unterhaus über den dänischen Abrüstungsplan gesprochen hatte, erläuterte der dänische Außenminister Dr. Munch die offizielle dänische Einstellung zu diesem Sanktionsartikel in einem Sinne, der grundsätzlich eine Beteiligung an militärischen Maßnahmen dem freiwilligen Entschluß der Mitgliedstaaten anheimgibt und nur eine allgemeine Verpflichtung zur Teilnahme an Sanktionen wirtschaftlicher Art anerkennt, und auch dies nur bedingt. Mit anderen Worten, feste, bestimmte Verpflichtungen werden nicht zugegeben, und die Entscheidung wird der eigenen Auffassung überlassen.

Ob sich diese Auslegung mit der Erklärung deckt, die ein halbes Duzend Entente-Minister bei Abschluß des Locarno-Vertrages 1925 auf deutsches Verlangen bezüglich des viel erörterten Artikels 16 abgegeben haben, steht dahin. In dieser Erklärung, die freilich nicht im Namen des ganzen Völkerbundes erfolgte, heißt es, daß jeder Mitgliedstaat gehalten sei, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der Sanktion Achtung zu verschaffen und um jeder Angriffshandlung in einem Maße entgegenzutreten, das mit seiner militärischen Lage verträglich sei und das seiner geographischen Lage Rechnung trage. Chamberlain hat damals diese Erklärung mit unterzeichnet und er sagte in seiner erwähnten Unterredung mit einem deutschen Wink gegen Dänemark, daß jede Nation zu einem Einsatz bereit sein müsse; falls ein einzelner Staat die Abrüstung durchführe, schädige er damit die internationale Friedenspolitik. Er glaube nicht, daß eine Nation, die einem Angriff mit gekreuzten Armen begegne, auf Hilfe von andern Ländern werde hoffen können.

Die Widerstände gegen eine dänische Abrüstung, mögen sie sachlich begründet werden können oder nur gesucht

scheinen und eigentlich eine unstatthafte Beeinflussung sein, zeigen die Abrüstungsfrage in ihrer ganzen Problemhaftigkeit und Unsicherheit. Darin besteht ungewollt die hochpolitische, die „andere“ Seite der Aktion der dänischen Regierung, die den Abrüstungshebel an einer europäischen Stelle ansetzen will, an der gewisse Großmächte im besonderen Maße interessiert sind. Munch hat den Mut gehabt, im Parlament zu empfehlen, sich nicht um die Sonderinteressen und die Stimmen zu kümmern, die aus dem Ausland laut würden, sondern allein Dänemarks Interessen im Auge zu behalten. Aber man sieht, wie verschieden „Dänemarks Interessen“ sowohl in Dänemark selbst als auch im Ausland aufgefaßt werden. In seiner pazifistischen Konsequenz riskiert das Kabinet Stauning sogar skandinavische Sympathien.

Aber bis anstelle des Heeres und der Marine eine Polizeitruppe zu Lande, zu Wasser und in der Luft als Neutralitätswehr für den Kriegsfall geschaffen ist, dürfte noch einige Zeit vergehen, dürfte die Gegner der Abrüstung, die eine regelrechte Kampftruppe haben wollen, noch etliche Minuten springen lassen. Ob die Idealisten, die auch nicht an die Durchhaltekräft eines dänischen 100 000 Mann-Heeres im Kriegsfall glauben, sich gegen die durchsetzen werden, die auf Chamberlains (der sich damit schmiegelt, daß er den Frieden am Rhein nicht durch Abrüstung, sondern durch Englands Heer und Flotte garantieren) Glaubensbekenntnis schwören, ist heute noch nicht zu sagen. Ueber die „andere“ Seite der dänischen Abrüstungsfrage jedoch könnte man auch schreiben: Ein Land will abrüsten, und man will es daran hindern! Das gehört wohl zur Tragik der Abrüstung schlechthin.

W. E.

Wozu brauchen wir denn fremde Kredite?

Von dem Goldkapitalismus!

Wer in Geldnot ist, fällt unter die Wucherer und Erpresser. Müssen wir unsere Freiheit verkaufen für eine Milliarde Währungskredit? Wozu brauchen wir denn das fremde Geld?

Um den Kredit der Markwährung im Ausland zu halten: also Kredit, um Kredit zu stützen; so giebt man eine Quantität fremden Geldes hinter der andern her in dasselbe Loch. Können wir denn die deutsche Währungsparität halten? Müssen wir sie halten? Oder sind wir etwa in Gefahr, um eines Aberglaubens willen unsere Freiheit zu verkaufen?

Wir haben eine „geborgte Währung“.

So hat Dr. Schacht schon vor Jahren gesagt. Eine geborgte Währung ist eine jederzeit angreifbare Währung. Darf ein großes Industrievolk eine geborgte Währung haben? Nein, es muß eine sichere Währung haben, welche zwar elastisch sein kann, aber von der man eben dadurch die Sicherheit hat, daß sie nur in kleinen Prozentsätzen schwanken wird. Eine geborgte Währung dagegen kann jederzeit um 50 Prozent gestürzt werden. Ein großes Kaufmanns- und Industrievolk darf keine geborgte Währung haben. Solange es eine solche hat, kann jederzeit die Krise und die Panik ausbrechen. Geborgtes Geld und geborgte Devisen sind kein Schutz dagegen.

Es ist sogar viel besser, die Krise bricht aus, als sie bleibt verdeckt: denn solcher verdeckter Zustand wirkt lähmend auf Wirtschaft und Arbeit und bringt schließlich dauernde Zerstörung. Je länger die Krise hinausgeschoben wird, um so schlimmer wirkt sie.

Was geschieht, wenn wir keine Kredite mehr kriegen, oder von uns aus den Entschluß fassen, keine mehr zu nehmen?

1. Die Parität zwischen Mark und Dollar verändert sich. Es wird z. B. in New York, London, Amsterdam, Zürich notiert Mark 6.— bis 8.— auf den Dollar.

Ist das der Zusammenbruch? Bringt das das Chaos in Deutschland? Im Gegenteil: uns kann die Panik außerhalb ziemlich gleichgültig sein. Der ganze Kreislauf der Löhne und Gehälter geht ungeändert weiter.

2. Die Einfuhr nach Deutschland wird kleiner. Ist das ein Unglück? Keineswegs: es ist der Fehler des Kreditnehmens, daß dadurch die Einfuhr unnatürlich groß gehalten wird, auch heute noch. Einfuhrwaren, agrarische oder industrielle, sind fremde Arbeitsprodukte, sie verdrängen deutsche Arbeitsprodukte, agrarische und in-

dustrielle; sie machen den Bauern bankrott und den Industriearbeiter arbeitslos; sie legen in Form von Arbeitslosensteuer eine steigende Last auf diejenigen, die noch arbeiten. Die fremden Rohstoffe würden fast in demselben Maße billiger werden, als die Mark sinkt; umgekehrt, Währungskredite verteuern sie.

3. Die deutsche Ausfuhr wird steigen. Ist das ein Unglück? Ja, für die Anderen. Sie werden in demselben Maße als sie die Mark sinken lassen, unter ein lebensgefährliches Dumping deutscher Ware gesetzt. Die eigentliche Schwäche der deutschen Volkswirtschaft, daß sie mit ihren Produktionskosten zu hoch liegt, wird genau so weit korrigiert, wie es nötig ist. Wir können wieder zahlen: aber statt mit Gold und Devisen zahlen wir mit Arbeitsprodukten.

4. Die großen deutschen Firmen, welche alle große Wechselschuldner sind und kurzfristige Kredite fremder Gläubiger in ihren Betrieben laufen haben, sind nicht in Gefahr, bei der Reichsbank die Devisen bis zum nächsten Termin zu beschaffen.

Ist das schlimm? In Zeiten der Panik ist auch das beste Unternehmen zahlungsunfähig. Was ihnen gegeben werden muß, ist ein allgemeines gesellschaftliches Moratorium, wie es z. B. auch in Südamerika und Australien notwendig geworden ist. Das ist unvermeidlich, schon um der Arbeiterschaft willen. Der Panik kann man nicht mit Auszahlung und Restriktion, sondern nur mit Prolongation begegnen.

Auf lange Sicht stehen die großen deutschen Unternehmen um so besser da, je eher eine wieder blühende, vollständig beschäftigte deutsche Volkswirtschaft hinter ihnen steht. Vergessen wir ja nicht, daß tausend große Firmen noch lange nicht die große Volkswirtschaft darstellen; sondern diese läuft ungeändert, sogar erleichtert, weiter.

5. In Deutschland entsteht automatisch eine proportionale Steigerung des Preisniveaus für alle diejenigen Preise, die mit dem Weltmarkt zusammenhängen. Es hört der katastrophale Preisdruck auf, der eine Großunternehmung und ein Ladengeschäft nach dem anderen in den Bankrott treibt.

Ist das schlimm? Im Gegenteil — es ist das einzige Mittel, die Arbeitslosigkeit, den Bankrottzustand, die Störung der öffentlichen Haushalte, die Zahlungsunfähigkeit der Sozialversicherung in das Gegenteil zu verkehren.

6. Im Vergleich zur Höhe des Preisniveaus werden sämtliche Schuldenlasten in Deutschland relativ leichter gemacht, ohne daß sie sich nominal verändert hätten.

Ist das ein Unglück? Im Gegenteil — es ist das einzige Mittel, diese Schulden liquide und tragbar zu machen und vor der Vernichtung durch Bankrott zu bewahren. Wenn es wieder eine rentable Landwirtschaft gibt, so können die Goldpfandbriefe honoriert werden. Wenn es so weiter geht wie jetzt, werden sie ein saures Papier.

7. Es wird wieder eine rentable Landwirtschaft in Deutschland geben; denn die agrarischen Preise steigen dem Dollar nach, wenn auch keinesfalls auf seine Höhe.

Das ist die Rettung, denn die große Nahrungsmittel-einfuhr können wir auf keine Weise behalten. Dann gibt es Hunger, wenn wir nicht eine starke Landwirtschaft haben, welche imstande ist, brachliegende Arbeitskraft in Brot und Milch zu verwandeln.

8. Sämtliche Arbeitslöhne und Gehälter werden zwar in Dollarwährung geringer geworden sein, aber in Markwährung um so sicherer zahlbar und tragbar.

Das bedeutet das Ende der Politik der Preislenkung und Lohnlenkung, welche eine ganz unnötige Menschenquälerei ist. Es bedeutet eine Verringerung der Arbeitslosigkeit bis fast zum Nullpunkt. Es bedeutet eine Sicherung des deutschen Reallohnes; denn der Reallohn wird nicht durch Gold gesichert, sondern nur durch produktive Arbeit.

9. Es bedeutet, daß alle Spareinlagen in deutscher Währung wieder gesichert werden und kein Mensch nötig hat, sie abzugeben.

Die Flucht aus der Mark hört auf, sogar das geflüchtete Geld kehrt wieder zurück, weil es bei uns wieder Verdienst gibt ohne Gefahr. Dagegen, heute, wo die deutsche Volkswirtschaft immer mehr erliegt, werden alle Einlagen immer unsicherer. Ohne sichere Volkswirtschaft und ohne gesicherte öffentliche Haushalte gibt es auch keine mündelsicheren Einlagen.

Und was muß das deutsche Reich tun, um diesen Zustand herbeizuführen? Es muß sich weigern, irgendwelche Kredite zu nehmen, wie der ehrliche Kaufmann sich weigert, neue Schulden zu machen, um Zahlungsunfähigkeit zu verschleiern.

Und was soll die deutsche Reichsbank tun? Sie soll von dem Restbestand an Gold kein Kilogramm mehr hinausgeben, um die ungesunde Parität der Mark zum Dollar zu halten. Danach soll sie für den inneren Markt Kreditvermehrung geben nach dem Vorbild der „Bank von England“, welche in den Zeiten des vorigen Jahrhunderts mehrmals dem Bankrottzustand nur entging dadurch, daß sie in den Tagen der Panik Kreditvermehrung und nicht Kreditrestriktion machte.

Und was werden die fremden Gläubiger tun? Sie werden von sich aus alles tun, um das Sinken der Mark aufzuhalten, damit das deutsche Dumping nicht noch größer wird. Wir aber dürfen sie nicht im geringsten durch politische Unterwerfung umwerben. Das haben wir nicht nötig, denn unser Vorteil ist es, wenn die Mark sinkt.

Kann nicht aus dem allen eine neue Inflation werden? Nein, im Gegenteil: das ist alles andere als Inflation; das ist Sicherstellung der Währung dadurch, daß man sie dahin stellt, wohin sie gehört. Wenn wir wieder anfangen würden, Löhne und Gehälter entsprechend dem Dollarindex zu erhöhen, dann hätten wir wieder eine Inflation. Oder wenn die riesige Arbeitslosigkeit in Deutschland bestehen bleibt, dann werden wir unfehlbar in eine neue Inflation hineingetrieben.

Erzbischof D. Soederblom †.

Rede bei der Gedächtnisfeier auf dem Hainstein
am 17. Juli 1931

von Paul Le Seur.

Tief bewegt treten wir im Geiste an die ferne Bahre unseres heimgegangenen verehrten und geliebten Freundes, des Erzbischofs Soederblom. Nicht nur in seinem Vaterlande, sondern in allen Erdteilen trauern ungezählte Menschen um diesen bedeutendsten Führer der Christenheit, und sie preisen Gott, daß Er Seiner Kirche in dunkler Notzeit einen solchen Mann geschenkt hat.

Nathan Soederblom ist im Jahre 1866 als Sohn eines ernstgläubigen Pfarrers geboren. Sein Lebensweg ist von Gottes Hand wunderbar geleitet worden, um ihn für seinen Sonderdienst zu rüsten. Der junge Pfarrer folgte einem Rufe als Gesandtschaftsgeistlicher nach Paris, wo er französische Art und hugenottischen Geist kennen lernte. Dann berief ihn die Universität Upsala als Professor der Religionsgeschichte. Eindringendes Studium der Konfessionen und der Religionen der Menschheit hatte seinen Blick geweitet und geschärft. Im Jahre 1912 ist er Professor an der Universität Leipzig geworden. Hier konnte er tief in das ihm längst vertraute deutsche Geistesleben eintauchen. In Leipzig hat er wohl noch den Kriegsausbruch erlebt. Einer seiner Söhne hat den ganzen Krieg im deutschen Heere mitdurchgemacht. Gerade in jenen Sturmtagen des Kriegsausbruchs ist D. Soederblom auf den allerhöchsten Stuhl der Erzbischöfe von Upsala gerufen, als Primas der lutherischen Kirche seines Vaterlandes. Dafür, daß er diesen Mann zu dieser Stunde an diesen Platz gerufen hat, sei dem König von Schweden gedankt — darüber freilich einem andern, dessen Werkzeug er sein durfte.

Diese Lebensführung, die durch tiefe Studien, weite Reisen und umfassenden Verkehr mit führenden Männern aller Länder noch bereichert worden ist, hat seinem Blick die ökumenische Weite gegeben, die sein Herz schon lange durch das Wort von der Herrschaft Gottes gefunden hatte. Der Erzbischof stand bald in Schweden an der Spitze derer, die sich mühten, Kriegswunden zu heilen, wo immer sie es konnten. Menschen aller kriegsfüh-

Dagegen eine gesunde, nationale, elastische, nicht mit geborgtem Golde gestützte Währung, die auf Arbeit beruht, ist der beste Schutz gegen Inflation.

Dr. Schiele-Naumburg.

Die deutschen Beamten und ihre Not.

Zum gleichnamigen Aufsatz in Nr. 159.

Von Pfarrer Henning-Copriehen.

Die deutschen Beamten der höheren und ganz hohen Gruppen haben heute, in einer Zeit allerschwerster Volksnot, meiner Meinung nach keinen Grund, über besonders drückende Not zu klagen, trotz der Gehälterkürzungen auf Grund der Notverordnungen. Diesen Satz stelle ich gleich an den Anfang meiner Erwiderung auf den Artikel des Herrn Dr. Karl Siegmund Baron von Galéra. Es liegt mir fern, den Artikel des Herrn Dr. Baron von Galéra anzugreifen oder zu kritisieren. Er war gewiß für viele „Aufwärts“-Leser sehr interessant und lehrreich und hat gewiß allseitige Zustimmung gefunden. Gleichwohl möchte ich doch Einiges zur Frage der deutschen Beamtennot sagen. Ich bin als Pfarrer selbst Beamter und gehöre als solcher der ehemaligen Gruppe 10 an.

Ein Satz in dem genannten Artikel erschien mir beim Lesen besonderer Beachtung wert: „Zweitens aber hatten die meisten Beamten in der regellosen Millionen-, Milliarden- und Billionenwirtschaft das Wirtschaften mit kleinen Summen völlig verlernt“. Ja, das ist eben sehr bedauernd und es wäre sehr am Platze gewesen, wenn sie es recht schnell wieder gelernt hätten: „Mit wem hält man Haus, mit wem kommt man aus.“ Aber diese Unterlassungsünden haben nicht nur die Beamten, sondern fast alle Schichten des deutschen Volkes unter den verheerenden Auswirkungen der unseligen Inflationszeit begangen. Das muß gerechterweise festgestellt werden.

Sodann aber ist und bleibt dieses Tatsache: weite Schichten unseres Volkes können sich immer noch nicht daran gewöhnen, daß wir den Krieg verloren haben! Wir sind ein besiegtes Volk. Deutschland ist arm geworden. Da sollten sich alle einschränken bis zum Alleräußersten. Aber wie üppig und genussüchtig leben heute noch viele Menschen aller Berufsstände in unserem Volke! Auch gerade in den Kreisen, die vor dem Kriege keineswegs die Ansprüche ans Leben stellten, die sie heute stellen! Wer muß z. B. heute nicht alles ein Auto haben und eine Bäderreise machen! So manche, die früher nicht an dergleichen Dinge dachten, sehen sie nun aber als „standesgemäß“ an. Es gibt gewiß viel unverschuldete Not gerade auch in Beamtenkreisen; aber es gibt auch ebenso gewiß viel selbstverschuldete Not, die nicht wäre, wenn man anspruchslos leben würde. „Standesgemäß“ ist heute nur eins: alleräußerste Sparsamkeit und Anspruchslosigkeit.

In einer Zeit, in der Millionen arbeitslose Arbeiterbrüder mit einem Existenzminimum auskommen müssen, viele aber buchstäblich hungern, muß jeder, ganz gleich, ob Beamter oder einem anderen Stande angehörend, seine Ansprüche auf ein Minimum herabschrauben. Es mag für kinderreiche Familien nicht leicht sein, mit dem Beamtengehalt auszukommen, namentlich, wenn Söhne studieren oder Töchter auszusteuern sind. Aber wieviele kinderreiche

Familien mag es in den höheren und hohen Gruppen geben? Wieviele haben wohl mehr als vier Kinder? Es müßte für die kinderreichen Familien in besonderer Weise gesorgt werden, sowohl in Arbeiter- als auch in Beamtenkreisen. Die Beamtenfamilien mit zwei oder einem Kind, die kinderlosen Ehen und vollends die ledigen Beamten der früheren Gruppen 7 bis 12 können auch heute noch sehr gut mit ihrem Gehalt auskommen, sofern nicht besondere Umstände wie Krankheiten, besondere Ausgaben erfordern.

Es ist doch auch fraglos ein Vorteil, den der Beamte hat, wenn er pünktlich am 1. des Monats sein Gehalt empfängt. Wie schwer haben heute Kaufleute und Handwerker um ihre Existenz zu ringen, von der Not der Arbeitslosen ganz zu schweigen! Wie schwer bekommen Geschäftleute ihre Aufstände herein! Zahlungsbefehle sind doch heute so gut wie wertlos. Es war gewiß nicht richtig, wenn nach der Inflation den Beamten große Kredite eingeräumt wurden und sie nun draußlos kaufen, Nötiges und oft auch recht Unnötiges.

Unser Volk ist heute arm, bittet um Hilfe. Es ist Notzeit, in der wir leben. Es müssen alle Stände und Schichten diese gemeinsame Volksnot tragen. Notzeit erfordert Opferkraft von der gesamten Bevölkerung. Seien wir Beamten doch dankbar für das, was wir noch bekommen! Nicht immer nur stöhnen und klagen und Schulden machen, wenn es nicht unbedingt nötig ist! Gewiß, wir müssen entschieden Front machen gegen die bedauerliche Beamtenbege, die im Volke hin und her getrieben und gezüchtet wird. Aber den Ruf: „Mehr Opferkraft und mehr Dankbarkeit!“ sollten gerade wir Beamten ganz besonders beherzigen.

10 Jahre „gute Arbeit“.

Zur Pariser Tagung der Abrüstungskommission von 1921.

Anfang Februar nächsten Jahres soll die erste Allgemeine Abrüstungskonferenz in Genf zusammentreten. Das ist aber beileibe noch nicht sicher. Denn in Frankreich wird jetzt schon „angeregt“, die Konferenz auf Ende des Jahres 1932 zu verschieben. Aber das ist ja ganz gleichgültig, es ist ja sogar gleichgültig, ob die ganze Konferenz stattfindet oder nicht, denn herauszufinden wird ja doch nichts. Das ist sehr schade, denn die Allgemeine Abrüstungskommission ist eigentlich als Abschluß einer Arbeit gedacht, die sich schon eine Reihe von Jahren hinzieht und die durch „Ausschlüßung von Maßnahmen“ den Weltfrieden garantieren soll.

Es sind jetzt gerade 10 Jahre her, daß auf der Tagung der Abrüstungskommission in Paris am 18. Juli 1921 diese Arbeit neue „Anregungen“ und neue „Anstöße“ erhalten hat. Es ist ja damals nicht viel erreicht worden, aber das kann man ja von allen Abrüstungsberatungen seit 1919 sagen. Wenn trotzdem der Präsident der Kommission, Viviani, damals erklärte, es sei in kurzer Zeit „gute Arbeit“ geleistet worden, es seien „Vorbereitungen für die Zukunft“ getroffen, indem die Reihenfolge der zu prüfenden vernichteten und heiklen Fragen festgelegt worden sind, dann ist immer wieder nur festzustellen, daß die eifrigen Bestrebungen der Siegermächte nach Abrüstung von sehr, sehr bescheidenen Absichten ausgegangen sind.

Und in den ganzen 10 Jahren seither sind wir ja im Grunde genommen bei den Abrüstungskommissionen, die da Europa vorgelegt werden, bis heute noch nicht viel weiter gekommen, als daß wir die Reihenfolge der

renden Länder gingen in großer Zahl durch sein Haus, und das Leid des Krieges flutete tief durch seine Seele. Einmal trat ein deutscher Vertreter der Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen, der sein Gast war, unangemeldet in das Zimmer, in dem der Erzbischof gerade mit einem französischen Offizier verhandelte. Als der Erzbischof die beiden Gäste einander vorstellen wollte, erklärte der Franzose: „Einem Deutschen begegne ich jetzt nur mit der Waffe“ — und ging hinaus. Das ist nur eins von unzähligen Erlebnissen jener Zeit. Der Krieg brandete bis in das Haus, ja, bis tief in das Herz dieses Mannes. Viel schweres Wissen steht hinter seinem Wort: „Hier bedarf es auf allen Seiten eines Meeres von Vergebung, um soviel Haß und soviel Schuld zu ertränken.“ Aus starkem Mitleiden wurde in ihm die Forderung geboren, die er so ausgesprochen hat. Wir brauchen „eine neue unwiderstehliche Predigt vom Kreuz, eine neue, überzeugende Erfahrung vom Weltengedächtnis der Erlösung.“

Aus tiefstem Leiden ist in dem betenden Herzen dieses Mannes der große Plan geboren, der nach langer, harter Arbeit, nach vielen sehr schweren Kämpfen und mancher herben Enttäuschung im Jahre 1925 durch die Stockholmer Kirchenkonferenz Tat geworden ist. „Sollten die Glaubensgemeinschaften voll Furcht in ihren Stuben sitzen ohne Glauben und ohne Gott?“ Die Größe des Christentums wird hell aufleuchten, „wenn wir nur Christi Evangelium anzuerkennen wagen und uns aus der geistigen Behauptung herausraffen, die Menschenhand im Laufe der Zeit gezeichnet hat. Wer das nicht mit bebender Erwartung merkt, der mag achtsam sein, aber er spürt nicht, daß Gott, der Furchtbare und Barmherzige, nahe ist, und daß Gott der Lebendige Gott ist.“ Nicht in der Einheit der Lehre oder in gemeinsamer Organisation liegt das Ziel der Stockholmer Bewegung, sondern in dem gemeinsamen Gebet und in dem gemeinsamen Dienst der vielen Zweige der christlichen Kirche angesichts der grauenvollen Not und Ungerechtigkeit in der Welt. „Wir erheben gemeinsame klare Gedanken über das, was unser Heiland in den gegenwärtigen Nöten der Menschheit von seiner Gemeinde fordert; wir erheben eine gemeinsame Hand für kräftige Tat der Kirche, und eine gemeinsame Stimme für das christliche Bewußtsein.“ — Der ökumenische Gedanke wird weiter wirken; denn er

ist der Wille unseres Herrn. Aber in Soederblom ist uns sein stärkster Führer genommen.

Der Bedeutung dieses Mannes auch nur annähernd gerecht zu werden, würde sehr viel mehr Zeit erfordern als zur Verfügung steht. Als gelehrter Theologe hat er in manchem wichtigen Werk die Forschung wesentlich gefördert. Seine Allgemeinbildung war außerordentlich weit und tief. In vier modernen und etlichen alten Sprachen war er ein Meister der Rede. Glänzend war seine organisatorische Fähigkeit. Dazu war er hochmusikalisch, sang wundervoll, war ein sprudelnd geistvoller Plauderer, voller Humor, von bezaubernder Liebenswürdigkeit. Ueber seinem durchaus künstlerischen Wesen lag eine ganz seltene Anmut — die Ausstrahlung einer großen, reichen, in Gott tiefgegründeten Seele. Es war ein unbeschreiblicher Genuß und immer neu eine hohe Bereicherung, in seiner Gesellschaft weilen zu dürfen. Erstaunlich waren seine Arbeitskraft und sein Fleiß. Er nutzte die Minuten mit beschämender Treue aus. Als er einmal mit seiner Frau auf unferm, von ihm so geliebten Hainstein weilte, um einige Tage zu ruhen, schrieb er beim Frühstück unmittelbar vor der Abreise in das Gästebuch ein längeres Lutherwort, aus dem Gedächtnis, und dazu einen Brief an einen seiner Söhne, während er Kaffee trank. Dann fragte er, wieviel noch Zeit sei, bis das Auto komme. „20 Minuten!“ — „Also kann ich gerade noch der kranken Königin einen Bericht über ihren lieben Hainstein schreiben; das wird ihr Freude machen.“ Und er schrieb einen langen Brief. Am Bahnhof wollte er denselben Gepäckträger haben, wie bei der Ankunft. Er mußte noch die Nummer. „Der ist neulich so freundlich zu mir gewesen.“ Bei einem festlichen Mahl auf der Wartburg grüßte er in geistvoller, humorgewürzter Tischrede nicht nur die hohen Würdenträger, die an der Tafel saßen, sondern auch die Kellner, die bei Tische dienten, mit warmen Dankesworten. Weil ihn im „Lutherhaus“ die Frau so nett geführt hatte, sondete er ihr sein Bild. Ein Wort, daß er vor vielen Jahren auf einer Weltkonferenz der Christlichen Studentenbewegung ausgesprochen hat, ist in seinem Leben zu edler Erfüllung gekommen: „Heilige sind Menschen, durch die es andern leichter wird, an Gott zu glauben.“ —

Schluß folgt.

zu prüfenden
es ja selbstver
Deutschlands i
sten Erfolg ha
gemacht, diese
das sowieso sc
be fange n.
so leicht war,
eine ganze Re
Fragen“, von
hat sie ja schon
der langen R
renzen zum T
Teil seine An
so wird es au

„Fünftjahrplan

In Anwe
lands, Frankr
vereinigten S
tags in Condo
ist, Deutschlan
die übrigen S
fallend war, d
kündeten. Dal
ser Vorkonfer
gehabt hat, w
wirkliche Hilfe

Man hoff
stiens das Erg
nicht Forderung
ein Gremium
solidarisch eine

Nach An
au der Hoffm
an Deutschlan
wiederholt w
gelingen, eine
Anleihebeding
tischen Fort
Deutschland al
den von Deut

Statt de
Moralatorium
politisch od
werden soll,
kaute das
daß eine solch
dern von all
gegeben wer

Es sei
weise aus der
europäischer
Dazu ist
noch nicht we
deutsch-franzö
aus vereinbar
französische B
zweifelhaft, ob
nehmen wird
der Politik“

Praktisch
scheidung über
bant bringen
dits in eine
ten auszufüll
von die Red
das dem will
land Einhalt

Ertribu
Beachtung
„Times“, in
„Zeit
hatten, we
sind, daß
gegenüber
aber nicht
Gesinnung
erhält als

Die
Das

Heber die
and die Erf
Meldungen e

Nach nie
spiel erlebt, u
lands, Frank
vor der Ank
vor dem Ba
stunde zu Bi
von Zylinder
Bahnhof wei
nitterpräsident
Votchscher F
schen Votcha

In Beglei
ministern bef
Neurath, der
engefahren

Die deu
der deutschen
herlich begr
son, die ihre
lich die Han
der Taufende
auf die Stral
den verchied

Amerika
Präsidenten
Washington
Mills, au d

Gruppen ge-
Kinder? Es
besonderer
als auch in
it zwei oder
ends die leb-
können auch
nnehmen, sofern
n, besondere

der Beamte
Gehalt emp-
und Handwer-
der Arbeits-
kommen Ge-
lungsbeziehe
er gewiß nicht
amten große
trauflos kauf-

s ist Notzeit,
und Schichten
erfordert Op-
eien wir Be-
bekommen
Schulden ma-
bist, wir müß-
außerliche Be-
eben und ge-
nn und mehr
ganz beson-

it".

ion von 1921.
e erste Allge-
ammentreten.
in Frankreich
auf Ende des
Ganz gleich-
ze Konferenz
wird ja doch
gemeine Ab-
h einer Arbeit
hren hingt
nahmen" den

auf der Ta-
in Paris
egungen" und
als nicht viel
von allen Ab-
trogden der
erklärte, es
rden, es seien
n, indem die
dicksten und
nn ist immer
trebungen der
bescheidenen

nd wir ja im
ödien, die da
ch nicht viel
nfolge der

rbloom ist uns
ur annähernd
Zeit erfordern
eologie hat er
wesentlich ge-
ußerordentlich
etlichen alten
Blänzend war
er hochmüß-
nd geistvoller
der Lebens-
erlichen We-
Ausstrahlung
nen Seele. Es
mer neu eine
ellen zu dür-
nd sein Fleiß-
rene aus. Als
it unserm
weilte, um
beim Früh-
das Gäste-
bedächtnis, und
ährend er Raf-
it sei, bis das
nn ich gerade
ber ihren lie-
eude machen."

ahnhof wollte
der Ankunft.
so freundlich
Mahl auf der
würziger Tisch-
an der Tafel
tische dienten,
Lutherhaus"

ihr sein Bild.
er Weltkonfe-
ausgesprochen
g gekommen:
leichter wird,

Schluß folgt.

zu prüfenden Fragen festsetzten. Nach Lage der Dinge ist es ja selbstverständlich, daß alle, aber auch alle Anträge Deutschlands in der Abrüstungsmaterie nicht den geringsten Erfolg hatten. Man hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, diese Vorschläge zu prüfen, denn Deutschland, das sowieso schon abgerüstet hat, ist doch in dieser Frage gefangen. Deutschland stellt sich die Abrüstung immer so leicht vor, aber so leicht ist sie nicht, denn da gibt es eine ganze Reihe „zu prüfender verwickelter und heikler Fragen“, von denen Deutschland nichts versteht, denn es hat sie ja schon gelöst. Und genau so wie Deutschland in der langen Reihe der vorbereitenden Abrüstungskonferenzen zum Teil überhaupt nicht zu Worte kam, zum Teil seine Anregungen im Papierkorb landen sah, genau so wird es auch auf der „Allgemeinen Abrüstungskonferenz“ sein, mag sie nun im Februar, mag sie Ende des Jahres 1932 stattfinden. Was Deutschland aber von seinen Unterhändlern bei diesem ganzen europäischen Schauspiel erwartet, ist, daß die gerüsteten Mächte endlich einmal erfahren, daß sich Deutschland nicht mehr lange zum Statisten auf dieser Bühne herabwürdigen läßt. Es ist nötig, daß Deutschland bei einer Erfolglosigkeit der Abrüstungsverhandlungen — und die Verhandlungen werden immer erfolglos sein — vor aller Weltöffentlichkeit das Schauspiel als schändliche Komödie brandmarkt, indem es die für Deutschland einzig mögliche Konsequenz zieht. Deutschland hat dadurch, daß es die „Verhandlungen“ spontan verläßt, sie nicht mehr mitmacht, vor der Welt nichts zu verlieren, sondern nur zu gewinnen.

Auftakt in London.

„Fünfjahrplan europäischer Befriedung?“ — Die Aufgaben der Weltkonferenz.

— London, 21. Juli.

In Anwesenheit von Vertretern Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans und der Vereinigten Staaten begann in den Abendstunden des Montags in London die große Weltkonferenz, deren Hauptzweck ist, Deutschland über die Krise hinwegzuheben und damit die übrigen Staaten vor Erschütterungen zu bewahren. Auffallend war, daß alle Beteiligten offen ihre Zuversicht bekundeten. Dabei ist man sich klar darüber, daß die Pariser Vorkonferenz ein eigenartiges praktisches Ergebnis nicht gehabt hat, wenigstens nicht insofern, als es sich um eine wirkliche Hilfe für Deutschland handelt.

Man hofft aber, daß die Pariser Besprechungen wenigstens das Ergebnis haben werden, daß sich jetzt in London nicht Forderungen und Gebende gegenüberstehen, dafür aber ein Gremium verantwortungsbewußter Regierungsführer solidarisch einen Ausweg aus der großen Krise suchen wird.

Nach Ansicht des „Daily Herald“ besteht guter Grund zu der Hoffnung, daß in London unmögliche Forderungen an Deutschland nicht mehr aufgestellt oder doch nicht mehr wiederholt werden. Mit einiger Mühe werde es sicher gelingen, eine Vereinbarung hinsichtlich der finanziellen Anleihebedingungen sowohl als auch hinsichtlich einer politischen Formel zu finden, die Frankreich befriedige, Deutschland aber nicht demütige. Politische Garantien würden von Deutschland nicht mehr verlangt.

Statt dessen beherrsche der Gedanke eines politischen Moratoriums aller Art, daß während fünf Jahren kein politisches oder diplomatisches „Abenteuer“ unternommen werden soll, durch das die Ruhe Europas gefährdet werden könnte das Feld. Jedoch mit dem wichtigsten Unterschied, daß eine solche Zusage nicht nur von Deutschland, sondern von allen europäischen Teilnehmern der Konferenz gegeben werden sollte.

Es sei „Henderson zu danken, wenn jetzt möglicherweise aus den neuen Verhandlungen ein „Fünf-Jahr-Plan europäischer Befriedung“ erwachsen werde.“

Dazu ist zu sagen, daß die Öffentlichkeit zur Stunde noch nicht weiß, was in Paris über die in der gemeinsamen deutsch-französischen Rundgebung gemachten Angaben hinaus vereinbart worden ist. Aber selbst wenn eine deutsch-französische Verständigung angebahnt sein sollte, ist es doch zweifelhaft, ob diese Verständigung so konkrete Formen annehmen wird, daß von einem „fünfjährigen Moratorium in der Politik“ gesprochen werden kann.

Praktisch soll die Londoner Konferenz zunächst die Entscheidung über den Zwei-Milliarden-Kredit für die Reichsbank bringen und die spätere Umwandlung dieses Kredits in eine langfristige Gegebenenfalls mit Prioritätsrechten auszustellende Anleihe vorbereiten. Ferner ist jetzt davon die Rede, ein Stillehalte-Konsortium zu bilden, durch das dem wilden Abfluß ausländischer Gelder aus Deutschland Einhalt getan werden soll.

Tribute zerstören das Vertrauen.

Beachtung verdient eine Auslassung im Finanzteil der „Times“, in der es heißt:

„Deutschland kann langfristige Anleihen nur erhalten, wenn die ausländischen Geldgeber überzeugt sind, daß es in der Lage ist, seine Pflichten ihnen gegenüber zu erfüllen. Diese Überzeugung werden sie aber nicht haben, solange Deutschland alljährlich große Geldsummen ausgeben muß, für die es nichts anderes erhält als eine Reparations-Empfangsbekanntmachung.“

Die Ankunft in London.

Das Schauspiel auf dem Viktoriabahnhof.

— London, 21. Juli.

Ueber die Ankunft der deutschen Delegation in London und die Eröffnung der Weltkonferenz gehen noch folgende Meldungen ein:

Noch nie hat der Viktoriabahnhof in London ein Schauspiel erlebt, wie das der Ankunft der Delegationen Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Belgiens. Schon lange vor der Ankunft des Zuges aus Dover verarmte sich vor dem Bahnhof eine Menschenmenge, die von Viertelstunde zu Viertelstunde mehr anschwoll. Ein wahres Meer von Zylinderhüten zeigte, daß zahlreiche Diplomaten im Bahnhof warteten. So bemerkte man den englischen Ministerpräsidenten Macdonald, Außenminister Henderson, die Botschafter Frankreichs und Italiens sowie den amerikanischen Botschafter in Brüssel, Gibson.

In Begleitung des Reichsanzlers und des Reichsaußenministers befand sich der deutsche Botschafter, Freiherr von Neurath, der den deutschen Ministern nach Dover entgegengefahren war, und Staatssekretär von Bülow.

Die deutschen Minister wurden von den Mitgliedern der deutschen Botschaft und von deutschen Pressevertretern herzlich begrüßt und hierauf von Macdonald und Henderson, die ihren deutschen Kollegen lange und freundschaftlich die Hand schüttelten. Unter den härmlichen Geräuschen der Tausende von Menschen, vor dem Bahnhof, fuhren hierauf die Kraftwagen mit den einzelnen Delegationen nach den verschiedenen Hotels.

Amerikas Haltung gegenüber London.

Präsident Hoover hatte nach seiner Rückkehr nach Washington wiederum lange Besprechungen mit Cattle und Mills, zu denen der Botschafter Dawes und der frühere

Partner Morgans, Senator Morrow, hinzugezogen wurden.

Inoffiziell wurde betont, daß eine Verknüpfung von politischen Forderungen Frankreichs mit einer finanziellen Hilfe für Deutschland nicht den hiesigen Ansichten über die Behebung des deutschen Notstandes entspricht, insbesondere lehnt man es nach wie vor strikt ab, den Status quo des Versailler Diktats auch nur indirekt oder befristet zu garantieren. Da Hoover seine hervorragenden Mitarbeiter als offizielle Delegierte nach London entsandte, würde ein Ergebnis dieser Konferenz stets als mit Billigung Amerikas erzielt angesehen werden.

Erste Sitzung der Ministerkonferenz.

Eine offizielle Mitteilung.

— London, 20. Juli. Die erste Sitzung der Londoner Ministerkonferenz dauerte am Montag bis 20.10 Uhr. Am Schluß der Sitzung wurde folgende offizielle Mitteilung herausgegeben:

„Die erste Zusammenkunft der Ministerkonferenz wurde unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Macdonald um 18.30 Uhr in dessen Amtszimmer im Parlamentsgebäude eröffnet. Der Ministerpräsident leitete die Konferenz mit einer Begrüßung der Delegierten ein und gab eine längere Erklärung ab, in der er auf die Vorgesichte und die Ursachen der Krise und auf die gegenwärtige Lage einging, sowie die Aufgaben der Konferenz näher umschrieb.“

Herr Laval berichtete anschließend den Anwesenden über die in Paris stattgefundenen Verhandlungen und kennzeichnete den Geist, in dem die Besprechungen zwischen den deutschen und den französischen Ministern geführt worden waren. Er legte weiter die Lage Frankreichs im Zusammenhang mit den bevorstehenden Erörterungen dar und drückte nochmals seine Hoffnung für eine lokale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich zur Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredites in der Welt aus.

Dr. Brüning bestätigte den Geist der Zusammenarbeit, gab an Hand von Statistiken einen Überblick über die finanzielle Lage Deutschlands und erklärte die Maßnahmen, die ergriffen worden seien, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Er betonte die dringende Notwendigkeit einer Hilfeleistung, um die bestehenden Schwierigkeiten beseitigen zu können.

Die Frage der Einsetzung eines Arbeitsausschusses wurde auf die nächste Zusammenkunft am Dienstag vormittag 10 Uhr im englischen Außenamt vertagt.“

Macdonalds Ansprache

Brünnings zwei Bedingungen.

— London, 20. Juli. Ueber die erste Sitzung der Londoner Ministerkonferenz am Montagabend wird von deutscher Seite in Ergänzung der offiziellen Mitteilung vermerkt, daß Reichskanzler Brüning in seiner Rede die Erfüllung zweier Bedingungen für notwendig erachtet habe:

1. Die Abziehung von Krediten aus Deutschland sei zu verhindern,

2. die Golddecke zu vergrößern.

Während die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten und des Reichskanzlers der Öffentlichkeit nicht übergeben wurden, wurde die Ansprache Macdonalds im vollen Wortlaut bekannt. Macdonald wies zunächst darauf hin, daß der gegenwärtige Augenblick ein Wendepunkt in der Geschichte zum Guten oder zum Bösen sei. Sollte eine Lösung nicht gefunden werden, so könnte niemand die politischen und finanziellen Gefahren vorausagen. Obwohl Deutschland seine Steuern erhöht und seiner Bevölkerung auch sonstige Opfer auferlegt habe, habe es doch erklären müssen, daß ein Moratorium notwendig werden würde. Diese Mitteilung habe die ausländischen Geldgeber alarmiert, was zur Herausziehung großer Summen aus Deutschland geführt habe.

Die Konferenz, so fuhr Macdonald fort, hat nicht nur die Maßnahmen zu erwägen, die notwendig sind, um die Hoover-Vorschläge in Kraft zu setzen, sondern hinzu muß die Erörterung des dringenden Notzustandes treten, der seitdem in Deutschland entstanden ist. Andernfalls ließe sich die Flut nicht hemmen, die das politische, soziale und finanzielle Leben Zentraleuropas bedrohte. Die Lage Deutschlands zeigt hinsichtlich des Haushalts, der Handelsbilanz, der wirtschaftlichen und industriellen Organisation keine radikalen Fehler. Es ist also die Aufgabe der Konferenz, das Vertrauen der ausländischen Geldgeber zu Deutschland wieder herzustellen. Dieses Problem hat eine politische und eine finanzielle Seite. Aber die Konferenz hat sich auf die letztere zu konzentrieren. Man müsse berücksichtigen, daß auf der einen

Seite Hemmungen der öffentlichen Meinung da sind, daß aber auf der anderen Seite auch niemand erniedrigt werden darf. Man muß also ein Kompromiß finden, das allen Parlamenten gerecht sein würde. Der Wille zum Erfolg muß die Konferenz befeuern. Die finanzielle Seite der Krise und die Frage, was getan werden kann, muß den Bankiers und Finanziers vorbehalten bleiben. Es gibt anscheinend zwei Möglichkeiten. Der eine Weg ist, Mittel für neue Anleihen und Kredite für Deutschland zu finden. Dies ist in Paris erwogen worden. Aber es bestehen wohl noch Schwierigkeiten, die überwunden werden müßten, ehe eine Anleihe auf dem Markte aufgelegt werden könnte. Der andere Weg würde sein, die Frage direkt in Angriff zu nehmen, wie man durch Stärkung der inneren deutschen Lage der übrigen Welt eine Sicherung ihrer Stabilität geben könnte, um auf diese Weise nicht nur den Abfluß des bereits in Deutschland befindlichen Kapitals zu verhindern, sondern auch seinen Rückfluß zu ermöglichen. Es kann keine Frage sein, daß die deutsche Wirtschaft stark ist, vorausgesetzt, daß sie über die notwendigen Kapitalquellen verfügt. Aus diesem Grunde hat Präsident Hoover die Aussetzung aller Kriegs- und Reparationschulden für ein Jahr vorge schlagen und dieses schon bedeutet für Deutschland eine sehr wirksame und wichtige Hilfe. Es kann sein, daß sie noch nicht genügt. Aber dies ist eine Frage, die erst später zu klären wäre.

Macdonald empfahl zum Schluß größtmögliche Beschleunigung der Konferenz. Jeder Tag vergrößere die Gefahren eines völligen Zusammenbruchs, der sich menschlicher Kontrolle entzöge.

Maginot heßt selbst jetzt.

Sonntagsrede während eines Ausflugs in das Grenzgebiet.

— Paris, 21. Juli.

Der Kriegsminister des Kabinetts Laval, Maginot, dessen Anwesenheit während der Verhandlungen in Paris offenbar entbehrlich war, hat sich am Sonntag damit vergnügt, den Frontkämpfern in der ehemaligen Festung Monimedy an der belgischen Grenze seine Ansichten mitzuteilen. Die Rede fällt vor allem dadurch auf, daß die Sprache des französischen Kriegsministers in direktem Widerspruch zu allem steht, was in den letzten Tagen sowohl der Ministerpräsident Laval als auch andere maßgebende Mitglieder des Kabinetts nicht nur zu den Deutschen, sondern auch zu den Amerikanern und Engländern gesprochen haben. Maginot erklärte:

„Wir durchleben Stunden, die man als entscheidend bezeichnen kann. Ich kann nicht zulassen, daß man vor einem Volk kapituliert, das stets den notwendigen Kredit zu finden wußte, um seinen kriegerischen Bedürfnissen zu genügen. Verteidigen wir unser Volk und unsere Währung! Für unsere Militärmacht habe ich Sorge zu tragen. Für den Augenblick erfordert der Friede andauernde Bemühungen. Zwei Bedingungen sind notwendig, um ihn zu verwirklichen: Die friedlich gesinnten Länder müssen stark bleiben und die kriegerisch gesinnten den Mund halten.“

Dem letzten Satz stimmen wir zu, nur verstehen wir nicht, warum Maginot bei dieser Erkenntnis den Mund überhaupt aufgemacht hat.

Haag prüft Zollunion.

Im Großen Sitzungssaal des Friedenspalastes im Haag begann jetzt die öffentlich-mündliche Verhandlung des Internationalen Gerichtshofs über die juristischen Grundlagen der deutsch-österreichischen Zollunion. Bekanntlich wurde dem Haager Gerichtshof durch Entscheidung des Völkerbundsrats vom 19. Mai folgende Frage zur gutachtlichen Entscheidung vorgelegt:

„Würde ein zwischen Deutschland und Oesterreich auf der Grundlage und in den Grenzen der Grundzüge des Protokolls vom 19. März 1931 hergestellter Zustand vereinbar sein mit dem Art. 88 des Vertrages von St. Germain und dem Ersten Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922?“

Deutschland wird durch den Direktor des Berliner Instituts für internationales und Völkerrecht, Professor Bruns, Oesterreich durch den Völkerrechtler Professor Dr. Sperl vertreten, während für Frankreich der juristische Berater des Quai d'Orsay, Professor Basdevant und der Anwalt beim Pariser Appellationsgericht, Boncour, für die Tschechoslowakei der Gesandte im Haag Plezinder-Bozinow und der Prager Universitätsprofessor Arcmar, und schließlich für Italien der juristische Berater des italienischen Außenministeriums Pittoli und der frühere Außenminister Professor Scialoja plädieren.

Im Verlaufe der Verhandlung gab der Präsident zunächst einen Überblick über den Rechtsstreit um die Zollunion. Professor Kaufmann begründete den

Antrag Oesterreichs.

für den vorliegenden Streitfall einen Richter österreichischer Nationalität in das Spruchkollegium aufzunehmen. Da die eine Partei durch zwei Richter vertreten sei, Frankreich und Italien, müsse Oesterreich wenigstens einen Richter seiner Nationalität erhalten.

Nach kurzer Beratung wurde der Antrag vom Gerichtshof abgelehnt, das gleiche geschah mit einem ähnlichen Antrag der Tschechoslowakei.

Notverordnung und Schweizer Fremdenverkehr.

— Basel, 21. Juli. Die deutschen Notverordnungen finden in der Schweizer Presse lebhaften Widerhall. Allerdings erfährt die Verordnung über die Ausreisegeldbeiträge eine sehr scharfe Kritik. Man hebt den von den schweizerischen Verkehrsorganisationen erhobenen Einspruch hervor und hofft, daß dieser zu einer Milderung oder doch zu einer tragbaren Einigung Veranlassung geben werde, da der Fremdenverkehr, der in diesem Jahre ohnehin ungünstig sei, von der deutschen Notverordnung schwer betroffen werde.

